

Hans-Christian HERRMANN, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945-1955, Saarbrücken (Saarbrücker Druckerei und Verlag in Komm.) 1996, 584 S. (am 26.4.00 an NPL)

Nachdem Historiker der Saarfrage zwischen 1945 und 1955 bereits Ende der 50er / Anfang der 60er Jahre Aufmerksamkeit geschenkt und lesenswerte Untersuchungen vorgelegt hatten, herrschte lange historiographische Stille. Erst in den 80er Jahren kam die Saarforschung wieder in Gang, zunehmend unter Berücksichtigung der nun zugänglichen französischen Akten. Inzwischen liegen mehrere vorzügliche Sammelbände und Monographien vor, Arbeiten zur Saar in den internationalen Beziehungen der frühen Nachkriegsjahre sowie zu verschiedenen innenpolitischen Feldern: Parteien, Kirche, Kultur und vor allem Wirtschaft. Sie vertiefen das Verständnis für Handlungsprämissen saarländischer wie französischer Akteure, nuancieren Sichtweisen in heftig geführten Kontroversen, sind doch an der Saar die "Franzosenzeit" und der Abstimmungskampf 1955 weiterhin Politikum und Tagesgespräch.

Hans-Christian Herrmann liefert mit seiner Studie einen weiteren Beitrag zur Versachlichung. Auch sie rekurriert auf Materialien zahlloser deutscher und französischer Archive, auch sie verdeutlicht, wie wichtig regionalgeschichtliche Untersuchungen sind, die dank geeigneter Fragestellungen und multipler Perspektiven wissenschaftliche Debatten weit über den behandelten Raum hinaus anregen. Sieben Hauptkapitel behandeln kenntnisreich die Sozialversicherungsreform von 1947, die sozialpolitische Entwicklung, die Rolle der Sozialpolitik für die Stabilisierung saarländischer Autonomie, das Leistungsniveau an der Saar und in der Bundesrepublik, den Wiederaufbau und die Entwicklung der Gewerkschaften, die Politisierung und Nationalisierung gewerkschaftlicher Diskurse, schließlich die betriebliche Mitbestimmung. Nicht chronologisches Ausbreiten einschlägiger Quellenbestände steht im Vordergrund, sondern strukturiertes Betrachten zentraler Problemfelder im deutsch-französisch-saarländischen Spannungs- und Interessengeflecht.

Besonders hervorzuheben sind drei Gesichtspunkte, einmal der durchgängig vergleichende Blickwinkel, dann die differenzierte Analyse sozialpolitischer Entscheidungsebenen und Handlungsmargen, schließlich die Hintergründe anschwellender gewerkschaftlicher Opposition gegen die Saarregierung unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann.

Daß Erkenntnisse zur neueren Saargeschichte nur durch einen vergleichenden Ansatz zu gewinnen sind, mag nicht neu sein, bei Herrmann folgt aber der Erkenntnis eine konse-

quente Umsetzung. Dies reicht von Schlaglichtern bundesrepublikanischer und französischer Innenpolitik über konkrete transnationale und grenzüberschreitende Kontakte und Koalitionen bis hin zu Versuchen interkultureller Begriffsklärungen. Tatsächlich verweisen Begriffe wie Gewerkschaft, Mitbestimmung oder Betriebsrat (S.450ff.) selbst bei anstandsloser Übersetzung in Deutschland und in Frankreich nicht auf gleiche Realitäten, beziehen sie sich doch auf unterschiedliche, geschichtlich bedingte Gesellschaftsstrukturen und Unternehmenskulturen.

Fundierter Kenntnis der Leitbilder und Praktiken auf der einen wie auf der anderen Seite bedarf es darüber hinaus, wenn es um das Ausformulieren und Verorten sozialpolitischer Maßnahmen selbst geht. Sozialpolitik an der Saar nach 1945 erscheint als Resultante französischer Neuordnungsvorstellungen und saarländischer Reformwünsche, wie sie sich namentlich die Sozialdemokratie auf die Fahnen geschrieben hatte. Konkret bildete sich ein Sozialleistungssystem aus, das den Kernbestand deutscher Sozialversicherungsprinzipien nicht antastete (S.159f.), nur wenige Traditionsstränge aus Frankreich aufgriff, wie die lukrativen Familienzulagen. Und selbst dort verzichteten französische Stellen auf eine glatte Übertragung heimischer Regelungen, bevorzugten eine Synthese, die den Verhältnissen vor Ort besser entsprach (S.112f.). Ergebnis der spezifischen Saarsituation waren vergleichsweise hohe Sozialstandards für die Menschen, von denen nur wenige Gruppen, die Kriegs- und Zivilblinden oder die Hirnverletzten, ausgenommen waren. Bis heute fest im kollektiven Saar-Gedächtnis verankert, beruhen sie nicht auf nachträglichen Zerrbildern und nostalgischen Anwandlungen an die "Franzosenzeit", sondern auf breiten persönlichen Erfahrungswerten und historischen Realitäten (S.489).

Lange Jahre galt es als ausgemacht, saarländische Gestaltungsmöglichkeiten gering zu achten, Hoffmann und seine politischen Mitstreiter für eine autonome Saar zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern als willfährige französische Marionetten anzusehen. Das Bild hat längst tiefe Risse bekommen, und Herrmann bestätigt für den Bereich der Sozialpolitik bemerkenswerte Handlungsspielräume und Durchsetzungschancen eigenständiger Saarkonzepte, seien sie christlich-sozial inspiriert oder sozialdemokratisch, wie die des Arbeits- und Wohlfahrtsministers Richard Kirn. Wechselnde Bündnisse brachten unterschiedliche Reformansätze auf den Weg. Vielfach halfen Informationsvorsprünge, ein übriges taten Kompetenzgerangel und Meinungsverschiedenheiten zwischen französischen Einfluß- und Entscheidungszentren, bei der Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung (S.110f.), bei der Zulassung christlicher Gewerkschaften (S.301ff.) oder bei Mitbestimmungsfragen und Betriebsrätegesetz (S.444f.). Unvereinbarkeiten der nationalen Sozialsysteme und der Trend, hüben wie drüben Leistungsvergleiche anzustellen, erhöhten den

Druck, sich bei Saar-Regelungen eher an den jeweiligen Vor- als an den Nachteilen zu orientieren.

Nicht zuletzt war es die Hoffnung auf regimestabilisierende Wirkungen, die das hohe Sozialniveau erklären. Wirtschaftsanschluß und politische Autonomie - das zeigen neuere Studien zur Pariser Deutschlandpolitik - hatten sich in Frankreich als Territorialerfolg verkaufen lassen: die Saar als Kompensationsobjekt für die den Franzosen jahrelang regierungsamtlich vorgegaukelte Erwartung einer Rhein-Ruhr-Abtrennung. Der Versuch, mit sozialpolitischen Mitteln den Status quo zu verewigen, war schon für Politik und Öffentlichkeit im Hexagon selbst von Belang. Überdurchschnittliche Leistungen konnten helfen, den Menschen die Vorteile des aktuellen Regimes vor Augen zu führen, das politische Klima zu beruhigen und die nationale Frage zu entschärfen. Für die Hoffmann-Regierung galt es fortbestehende Konfliktlinien aus den Jahren des Nationalsozialismus zu glätten (S.266f.), zwischen Tätern und Opfern, zwischen Daheimgebliebenen und Emigranten. Ziel war, unter dem Banner großzügig bemessener Verteilungsspielräume die Saar-Gesellschaft zu versöhnen und integrieren. Der vielfach betonte sozialpolitische Vorsprung gegenüber der Bundesrepublik diente als "Markenzeichen" (S.278) einer autonomen Saar, wirkte als Legitimation nach innen. Frankreich gegenüber ging es darum, sich über eine fortschrittliche Sozialpolitik zu emanzipieren und den eigenen Einfluß auf andere, vor allem wirtschaftsrelevante Politikfelder auszudehnen (S.164, 488).

Die Rechnungen gingen nicht auf. Das hohe Sozialleistungsniveau vermochte oppositionelle Kräfte nicht dauerhaft zu binden. Daß gerade die Gewerkschaften mehr und mehr als Lokomotive nationalidentitärer Ansinnen fungierten, hatte mit der Illegalisierung parteipolitischer Gegner zu tun, nicht weniger aber mit der eigenen Legitimationskrise und dem tiefen Unbehagen der Basis, was die eigene gesellschaftspolitische Rolle im Hoffmannschen Sozialstaat Saar anbelangte (S.424ff.). Reformen von oben und staatlich beförderter Sozialausbau, fehlende Tarifautonomie und eingeschränkte Mitbestimmung, nagten am gewerkschaftlichen Selbstverständnis. Herzstücke der Saarindustrie blieben französisch gelenkt, Wirtschaftsstil und Unternehmensführung französischen Traditionen verhaftet, hierarchisierter und patriarchalischer, mehr auf den "patron" an der Spitze hin ausgerichtet, weniger auf Sozialpartnerschaft und formalisierte Kommunikationswege zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmervertretern.

Herrmann bestätigt damit die zentrale Rolle kultureller Mißverständnisse für den schleichenden Prozeß gesellschaftlicher Unzufriedenheit und gewerkschaftlicher Nationalisierung in den 50er Jahren. Zugleich - und dies ist nicht sein geringstes Verdienst - präsen-

tiert er den saarländisch-lothringischen Grenzraum zwischen 1945 und 1955 immer wieder als einen Interferenzraum, in dem christliche Gewerkschaftler beispielsweise transnationale Koalitionen schmieden konnten: vielfach wurde an der Saar schon damals Europa nicht nur gedacht, sondern gelebt.